

**M**itarbeiterinnen- **U**nd **M**itarbeiter-**M**agazin  
des Gesamtpersonalrats für das Land und die Stadtgemeinde Bremen

## Öffentlich ist wesentlich!



**Applaus war gestern.**

**Wertschätzung muss auch bezahlt werden!**

**Seite 15**

## Laterne, Laterne, Sonne, Mond und Sterne ...

Heute gibt es eine Anleitung, wie ihr eine Laterne aus einem Tetrapack basteln könnt.

Für die Laterne braucht ihr: Tetrapacktüte, Schere/Cutter, Transparentpapier, Bastelkleber, Heißkleber, Blumendraht, Teelicht, Laternenstab.

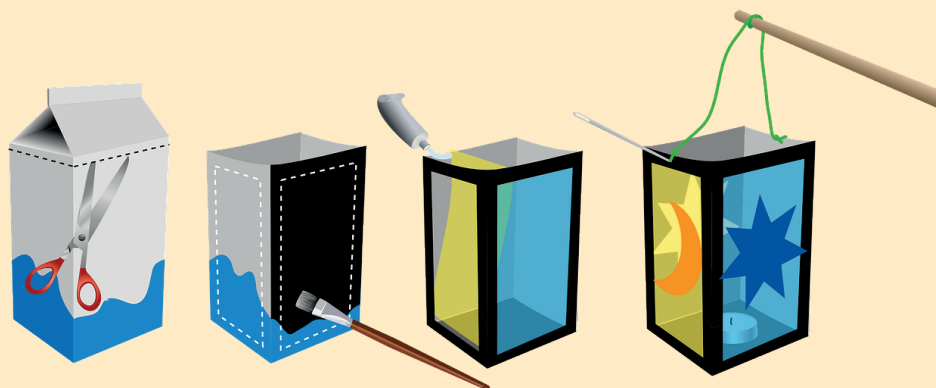
Schritt 1: Als erstes schneidet ihr die Spitze der Tetrapacktüte ab.

Schritt 2: Mit dem Cutter schneidet ihr alle vier Seiten der Tüte aus. Lasst einen Rand von ca. 2 cm stehen.

Schritt 3: Bestreicht mit dem Bastelkleber die Innenseiten und klebt das Transparentpapier auf.

Schritt 4: Jetzt nur noch Sonne, Mond und Sterne aufkleben. Am oberen Rand - an den gegenüberliegenden - zwei Löcher durchstechen, einen Blumendraht durchfädeln und den Laternenstab einhängen. Das Teelicht am Boden mit etwas Heißkleber befestigen.

Viel Spaß beim Laternen laufen!



## MUMM

(12. Oktober 2020 - Redaktionsschluss: 16.09.2020)

### Herausgeber:

Gesamtpersonalrat für das Land und die Stadtgemeinde Bremen

Knochenhauerstr. 20/25,

28195 Bremen

### Presserechtl. verantwortlich:

Doris Hülsmeier,

Vorsitzende des Gesamtpersonalrats

### Redaktionsteam:

Lars Hartwig

Elke Kosmal-Vöge

Kai Mües

Björn Schäfer

Ivonne Weinhold

Burkhard Winsemann

### Kontakt:

Telefon: 361-2215

Telefax: 496-2215

gpr-zeitung(at)gpr.bremen.de

Titelbild/Seite 2: pixabay.com.

Fotos: Wenn nicht anders angegeben: MUMM-Redaktion

### Layout:

Elke Kosmal-Vöge

### Druck:

Hausdruckerei Der Senator für Finanzen

Die nächste Ausgabe von

**MUMM** erscheint voraussichtlich im Februar 2021

## Inhalt

|                                                      |     |
|------------------------------------------------------|-----|
| Ein respektvolles Miteinander .....                  | 3   |
| Für einen krisenfesten öffentlichen Dienst.....      | 4   |
| Lob für den öffentlichen Dienst.....                 | 5   |
| Scheiden tut weh .....                               | 6   |
| Plötzlich war alles anders .....                     | 6   |
| Senat schafft zusätzlichen Beförderungstermin .....  | 7   |
| Dienstvereinbarung Mobile Arbeit abgeschlossen ..... | 7   |
| Stimmen von Kolleginnen und Kollegen.....            | 8/9 |
| Ein klassischer (MINT) Beruf mit Zukunft .....       | 10  |
| Corona zum Ausbildungsende 2020 .....                | 11  |
| Schule unter Corona-Bedingungen.....                 | 12  |
| Finanzamt kann Corona .....                          | 13  |
| Polizeiarbeit in Corona-Zeiten .....                 | 14  |
| Wertschätzung muss auch bezahlt werden! .....        | 15  |
| Tot ziens, Saskia! .....                             | 15  |
| Das Letzte: Corona gibt den letzten Schubs.....      | 16  |

# Ein respektvolles Miteinander

## Corona, Gewalt und Rassismus

2020 wird weltweit von drei wichtigen Themen geprägt: Corona-Pandemie, Gewalt und Rassismus. Das sind auch für den öffentlichen Dienst wichtige Themen.

### Der öffentliche Dienst ist unverzichtbar

Die Corona-Pandemie zeigt uns die Bedeutung des öffentlichen Dienstes für eine funktionierende und solidarische Gesellschaft. Der öffentliche Dienst schafft das, was weder individuell noch privatwirtschaftlich geleistet werden kann. Für Krisensituationen sind Ressourcen notwendig, die über den Normalzustand hinausgehen. Hier sind erhebliche Lücken deutlich geworden. Daher ist der Bremen-Fonds, den die Bremische Bürgerschaft geschaffen hat, so wichtig. Diese Mittel müssen maßgeblich für Investitionen zur Verbesserung der öffentlichen Infrastruktur eingesetzt werden: Gebäude, Digitalisierung, Personalausstattung. Über die aktuelle Situation hinaus sind Änderungen an der Schuldenbremse ebenso erforderlich wie eine gerechte Steuerpolitik, die die Schwachen entlastet und die finanziell sehr Starken heranzieht, um ausreichende Einnahmen für den Staat zu garantieren.

Öffentliche Dienste sind für ein gutes Zusammenleben unverzichtbar. Corona zeigt uns das. Ihr Kolleginnen und Kollegen in den Dienststellen habt euch den Herausforderungen mit viel Engagement und Kreativität gestellt und zugleich neue Kommunikationsformen mit den Bürgerinnen und Bürgern entwickelt. Auch jetzt zum Herbst, mit der Gefahr höherer Infektionszahlen, spielt ihr weiter eine wichtige Rolle im Umgang mit der Pandemie.

### Gewalttätige Übergriffe gegen Beschäftigte nicht tolerierbar

Gewalttätige Übergriffe gegen Feuerwehrleute, Polizistinnen und Polizisten, gegen Beschäftigte in Ämtern, bei

der Stadtreinigung, in Schulen oder Krankenhäusern, gegen alle, die für unsere Gesellschaft im Einsatz sind, sind auch vor diesem Hintergrund nicht tolerierbar. Mehr als zwei Drittel der Beschäftigten im öffentlichen Sektor wurden in den letzten beiden Jahren beleidigt, bedroht oder angegriffen. Das ergab eine repräsentative Befragung des DGB. Diese Studie belegt auch, dass die jahrzehntelangen Kürzungsmaßnahmen der öffentlichen Hand großen Einfluss auf diese Situation haben. Lange Wartezeiten, dürftige Ausstattung und mangelndes Verständnis von notwendigen Verfahrenswegen sind häufig Auslöser für Aggressionen der Bürgerinnen und Bürger. Hinzu kommen die als bedrohlich empfundenen individuelle Notlagen. Unsere Kolleginnen und Kollegen müssen Ängste, Frust und Wut ausbaden.

Auf der betrieblichen Ebene ist eine gute Unterstützung der Beschäftigten und eine Sensibilisierung der Führungskräfte erforderlich. Auch die Gesellschaft insgesamt ist gefordert: Unter schwierigen Bedingungen leisten viele Beschäftigte einen wertvollen Dienst für unser Miteinander. Dafür verdienen sie Respekt und körperliche und seelische Unversehrtheit.

### Auch hier ist Rassismus Thema

Auf eine ganz andere Weise berührt Rassismus unser Zusammenarbeiten und Zusammenleben. Auch hier werden Menschen abgewertet und ausgegrenzt, weil sie eine andere Hautfarbe haben, Kopftuch tragen oder auf eine andere Weise „anders“ aussehen. Von Rassismus betroffen sind Kolleginnen und Kollegen, Mitbürgerinnen und Mitbürger, Freundinnen und Freunde: Sie werden nicht in ihrer Persönlichkeit wahrgenommen, sondern über ihr anderes Aussehen definiert und oft feindselig behandelt und benachteiligt.

In uns allen stecken Vorur-

teile. Aber dabei möchte ich nicht stehenbleiben. Ich fange bei mir selbst an und spüre den Rassismus in meiner eigenen Haltung auf: Wo wirken meine Vorurteile? Wie kann ich meine Haltung ändern? Wie kann ich auf andere zugehen?

Im Kern geht es um ein gutes Zusammenleben, gerade in Zeiten von Corona. Dafür brauchen wir ein respektvolles Miteinander.

Doris Hülsmeier



Doris Hülsmeier, Vorsitzende des Gesamtpersonalrats für das Land und die Stadtgemeinde Bremen



# Für einen krisenfesten öffentlichen Dienst

## Haushalte 2020/21: Auch Bremen mit ‚Wumms‘

Einen großen Sprung nach oben machen die Ausgaben des Landes und der Stadtgemeinde nach den im Juli von der Bürgerschaft beschlossenen Haushalten für 2020\*. Die Neuregelung des Finanzausgleichs und die Sanierungshilfen haben daran nur einen bescheidenen Anteil. Dickster Brocken ist der „Bremen-Fonds“, aus dem zusätzliche Ausgaben auf Grund der Bekämpfung der Corona-Pandemie und ihrer wirtschaft-

sen, wo Corona Mehrausgaben in welcher Höhe erfordert, sind in vielen Fällen derzeit noch kaum möglich. Vorgesehen ist jedenfalls, dass über die unmittelbar aus der Pandemiebekämpfung folgenden Mehrausgaben (Ausstattung der Krankenhäuser, Infektionsschutz, Rettungsprogramme für Unternehmen, Ausgleich von Verlusten öffentlicher Unternehmen) hinaus noch ein mittlerer dreistelliger Millionenbetrag zur

struktur, sowohl für die Verwaltung als auch im Bildungsreich. Die Digitalisierung bietet große Chancen, den Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen zu erleichtern sowie deren Qualität und die Arbeitsbedingungen zu verbessern. Damit diese Chancen genutzt werden können, gehört zu dieser Infrastruktur auch die entsprechende personelle Ausstattung.

Wichtig bleibt für viele öffentliche Dienstleistungen auch wei-

hungen in der laufenden Haushaltsperiode vorgehalten werden, rechnen Senat und Bürgerschaft jetzt mit jährlichen Steigerungsraten von 2,5 %. Bisher wurden über viele Jahre 1,5 % angenommen, und die frühzeitige Erschöpfung dieser Mittel diene dann mit als Begründung dafür, Tarifierhöhungen nur eingeschränkt zu Besoldung und Versorgung zu übertragen. Ein positives Signal - mehr aber auch noch nicht - für attraktive Arbeitsbedingungen.

In anderen Bereichen ist dagegen eher Stillstand in Sachen Arbeitgeberattraktivität zu beklagen. So kommt die Entwicklung von Führungskräfteleitlinien nicht voran.

Die vom Gesamtpersonalrat geforderten zwei zusätzlichen Stellen für das Kompetenzzentrum Gesundheitsmanagement werden jetzt endlich realisiert. Damit stehen mehr Ressourcen für die professionelle und sehr wirkungsvolle Unterstützung der Dienststellen bei der Gesundheitsförderung bereit.

Insgesamt also ein Haushalt, mit dem mehrere Schritte in die richtige Richtung gemacht werden, aber noch viele Wünsche offen bleiben. Im Haushaltsvollzug wird es noch wichtige Zweikämpfe geben. Mehr als in anderen Jahren gilt für diesen Haushalt: „Entscheidend ist auf'm Platz“.



Burkhard Winsemann

### Jobräder

Jobräder für die Beschäftigten des bremischen öffentlichen Dienstes wären ein guter Beitrag zur Steigerung der Arbeitgeberattraktivität sowie zur Gesundheitsförderung und zum Klimaschutz. Deshalb hat der Gesamtpersonalrat in seiner Stellungnahme zu den Haushalten vorgeschlagen, ein für den öffentlichen Dienst geeignetes Jobrad-Modell zu entwickeln. Inzwischen hat ein erstes Gespräch mit dem Finanzressort dazu stattgefunden und positive Signale erbracht.



Die Bremer Stadtmusikanten fahren Jobrad (Zeichnung: Laurids Jess)

lichen und sozialen Folgen bezahlt werden sollen. Dafür sind 1,2 Mrd. Euro (davon 900 Mio. im Landeshaushalt) veranschlagt, die mit neuen Krediten finanziert werden sollen. Das ist im Rahmen der ab diesem Jahr scharf geschalteten Schuldenbremse möglich, weil deren Regelungen im Katastrophenfall ausgesetzt werden können. Ähnlich gehen auch der Bund und die anderen Länder mit der Krisensituation um.

Die genaue Verwendung der Mittel des Bremen-Fonds wird erst im Haushaltsvollzug durch entsprechende Beschlüsse des Senats und des Haushalts- und Finanzausschusses konkretisiert. Denn verlässliche Progn-

Verfügung steht, um Bremen mit Investitionen fit für die Zukunft zu machen und gleichzeitig der Konjunktur neuen Schub zu geben. In welche Bereiche diese Investitionen fließen werden, wird die politischen Auseinandersetzungen der nächsten Zeit prägen.

Der Gesamtpersonalrat hat sich in seiner Stellungnahme zu den Haushaltsentwürfen in dieser Frage klar positioniert und gefordert, einen erheblichen Anteil der Stärkung öffentlicher Infrastrukturen und Dienstleistungen zu widmen. Dies nicht zuletzt, um für zukünftige Krisensituationen besser gerüstet zu sein. Ein wichtiges Feld ist der Ausbau der digitalen Infra-

struktur, sowohl für die Verwaltung als auch im Bildungsreich. Die Digitalisierung bietet große Chancen, den Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen zu erleichtern sowie deren Qualität und die Arbeitsbedingungen zu verbessern. Damit diese Chancen genutzt werden können, gehört zu dieser Infrastruktur auch die entsprechende personelle Ausstattung.

Draufgesattelt wurde der Bremen-Fonds auf einen Haushalt, der für sich genommen schon einige wichtige Veränderungen gegenüber früheren Jahren aufweist. So wird darin das angekündigte Ende der PEP-Personalkürzungsquoten festgeschrieben (siehe MUMM 1/2020). Bei den Mitteln, die für Tarif- und Besoldungser-

\* Die Verabschiedung der Haushalte für 2021 wurde auf das Ende des Jahres verschoben, um auf der Grundlage möglichst aktueller Informationen beraten zu können.



# Lob für den öffentlichen Dienst

## Personalräteversammlung am 10. September 2020 in der Messehalle 4.1

Der neue Staatsrat im Finanzressort, Dr. Martin Hagen, stellte sich in der Personalräteversammlung 150 Kolleginnen und Kollegen aus den Interessenvertretungen des öffentlichen Dienstes vor. Dabei betonte er die Bedeutung eines handlungs-



Dr. Martin Hagen bekennt sich auf der Personalräteversammlung ausdrücklich zur Mitbestimmung

fähigen öffentlichen Dienstes für die Krisenbewältigung: „Wir sind bisher gut durch die Krise gekommen, weil wir einen guten öffentlichen Dienst haben. Viele Beschäftigte haben sich weit über das normale Maß hinaus eingesetzt. Dafür bedanke ich mich sehr herzlich.“

Ausdrücklich bekannte er sich zur Mitbestimmung als wesentlichem Bestandteil einer lebendigen Demokratie. Er hob hervor, dass dies in Bremen auch in der Landesverfassung verankert sei. Er stehe zum Bremischen Personalvertretungsgesetz.

Die Chancen der Digitalisierung will Hagen offensiv nutzen. So könnten die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten und die Dienstleistungsangebote für die Bürger\*innen gleichermaßen verbessert werden. Hagen strich die hohe Bedeutung von Barrierefreiheit bei der Digitalisierung in Bremen heraus.

Aus dem Kreis der Personalräte wurde darauf hingewiesen, dass die umfassende Einbeziehung und Qualifizierung der Beschäftigten in etlichen Dienststellen vernachlässigt werde. Das bremse den Erfolg von Digitalisierungsmaßnahmen.

Hagen unterstrich die Wichtigkeit guter Führung. Führungskräfte müssten das Team besser machen, das Beste aus jedem und jeder Einzelnen herausholen und den besonderen Charakter von Führungsaufgaben erkennen. Es gehe nicht darum, der oder die Beste in der Sachbearbeitung zu sein.

Einen positiven Eindruck hinterließ der neue Staatsrat mit der offenen Art und Weise, seine Ziele vorzutragen und der ausdrücklichen Bereitschaft, über anstehende Probleme ins Gespräch zu kommen. Konkret lud er den Ausbildungspersonalrat ein, über Maßnahmen zu sprechen, mit denen Abwanderungstendenzen nach Abschluss der Ausbildung begegnet werden kann.

Doris Hülsmeier

### Startup-Spirit im öffentlichen Dienst?

Mehr Startup-Spirit im öffentlichen Dienst wünscht sich Staatsrat Martin Hagen. Damit hat er für reichlich Diskussionsstoff gesorgt. Denn mit dem Begriff werden sehr unterschiedliche Vorstellungen verbunden.

Hagen erläuterte dazu, es gehe ihm darum, dass die Beschäftigten mit ihrer Arbeit etwas bewegen und die Welt ein bisschen besser machen wollen. So gesehen ist das ein Wunsch, den wir uns gut zu eigen machen können. Und wir haben da eine gute Nachricht: Diesen Spirit, diesen Geist, diese Haltung gibt es sehr verbreitet im bremischen öffentlichen Dienst. Das hat die 2014 im Rahmen eines Forschungsprojekts der Uni Bremen durchgeführte Beschäftigtenbefragung („Der öffentliche Dienst im Umbruch?“) deutlich gezeigt. Eine Mehrheit unserer Kolleg\*innen legt Wert darauf, mit ihrer Arbeit etwas Gutes für unser Zusammenleben zu tun. Da ist also ganz viel Potential.

Startups stehen allerdings auch für weniger erstrebenswerte Seiten. Zu denken ist an prekäre Arbeitsbedingungen, Selbstausbeutung mit 80-Stunden-Woche – unbezahlt und ausschließlich aus Begeisterung für die Sache. Diese hässliche Seite des Begriffs lässt zumindest eine gewisse Vorsicht im Umgang damit angeraten erscheinen.

Mit startups verbindet man auch, dass es um etwas richtig Innovatives geht, um von Grund auf neue Lösungen. Sicher ist es auch im Aufgabenbereich des öffentlichen Dienstes so, dass Manches neu gedacht werden könnte. Gleichzeitig werden die Aufgaben des öffentlichen Dienstes stark von Gesetzen bestimmt. Innovation darf also die Rechtmäßigkeit und Verlässlichkeit des öffentlichen Handelns nicht beschädigen. Mehr Innovation aber, um den öffentlichen Dienst für Beschäftigte und Bürgerinnen und Bürger besser und attraktiver zu machen, das würden uns gut gefallen. Man darf gespannt sein, was aus dem Startup-Spirit konkret wird.



Mehr Fotos von der Personalversammlung am 10. September 2020 gibt es in Kürze unter <https://gpr.bremen.de/detail.php?gsid=bremen57.c.1683.de> (nur sichtbar für Interessenvertretungen mit einem Account zu den internen Benutzergruppen)

## Scheiden tut weh

### Projekt Land-Stadt-Trennung bringt weitreichende Änderungen

Der Name ist durchaus ernst zu nehmen: Das Projekt Land-Stadt-Trennung (LST) steht für einschneidende Veränderungen im bremischen öffentlichen Dienst. Denn es dient unter anderem der Umsetzung der durch § 2b des Umsatzsteuer-

Ab 2021 werden getrennte Buchungskreise für Stadt und Land im SAP-System eingerichtet, um die Finanzen der beiden Gebietskörperschaften klarer voneinander zu trennen. Derzeit laufen die Tests für das zukünftige System.



gesetzes (UStG) neu geregelten Umsatzbesteuerung der öffentlichen Hand. Und die hat es in sich.

Die Kolleginnen und Kollegen werden zukünftig in jedem Fall den zutreffenden von rund zwei Dutzend Umsatzsteuerschlüs-

seln eingeben müssen. Für den Gesamtpersonalrat ist es deshalb wichtig, dass sie dabei fachlich ausreichend unterstützt werden. Dies soll durch Vermittlung von Grundlagenwissen in Schulungen geschehen. Darüber hinaus soll ein Pool von Steuerfachangestellten als Ansprechpersonen für solche Fragestellungen aufgebaut werden.

Wirklich dramatisch könnten allerdings die - durch das Projekt nicht zu beeinflussenden - gesellschaftlichen Auswirkungen der neuen Umsatzsteuerregelungen sein. Das Bundesfinanzministerium hat diese bereits 2016 sehr stark in Richtung einer umfassenden Steuerpflicht öffentlicher Dienstleistungen zur Beseitigung vermeintlicher Wettbewerbsverzerrungen interpretiert. Davon könnten unter Umständen sogar Leistungen betroffen sein, die das Land Bremen für die Stadtgemeinde

Bremen erbringt - oder umgekehrt. Die daraus resultierende Verteuerung vieler öffentlicher Dienstleistungen wird dann Druck für eine neue Welle von Privatisierungen aufbauen.

Im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie ist nun die Übergangsfrist für die zwingende Anwendung des neuen § 2b UStG noch einmal um zwei Jahre verlängert worden. Wichtige Zeit nicht nur für die Umsetzung in den Verwaltungen. Auch das Bundesfinanzministerium sollte diese Zeit nutzen, seine bisherige, neoliberale Haltung zu überdenken. Schließlich sehen wir gerade, wie wichtig öffentliche Dienste sind.



Burkhard Winsemann

## Plötzlich war alles anders

### ... und das Ende ist nicht in Sicht!

So wie uns bei KiTa Bremen geht es bestimmt vielen, wenn ihr auf das letzte halbe Jahr zurückblickt: So etwas haben wir nie erlebt. Mit dem Lockdown waren fast alle Regeln und Aufgaben des Berufslebens von einem auf den anderen Tag überholt. Als Personalrat fanden wir uns plötzlich in Krisenstäben wieder.

Fast alle Gruppen mussten geschlossen werden. Für die Notbetreuung der Kinder von Eltern aus systemrelevanten Berufen musste erst die Platzvergabe durch die Kita-Leitungen organisiert werden. Die Erzieher\*innen haben, sozusagen über Nacht, neue Konzepte und Abläufe geschaffen. Erzieher\*innen, die nicht in der Notbetreuung tätig waren, haben die Kontakte zu den Kindern, die zu Hause blieben, aufgebaut und gepflegt. Vor den Ferien wurden die Betreuungs-



Torens Christians, stellvertretender Vorsitzender des Personalrats KiTa Bremen

plätze schrittweise wieder für alle Familien angeboten, dieses aber mit zeitlichen und räumlichen Beschränkungen. Jede vom Senat beschlossene Veränderung erforderte von allen Kolleg\*innen bei KiTa Bremen ihre Einrichtung neu zu erfinden, neue Aufnahmeplanungen und neue Konzepte zu entwickeln und neue Kindergruppen zu bilden.

In vielen Beratungsgesprächen von uns als Personalrat mit Kolleg\*innen ging es um die Sorgen, bei der Arbeit sich selbst oder Kinder bzw. Kolleg\*innen anzustecken. Schutzmaßnahmen wie Masken oder Abstandsregeln sind bei der Arbeit mit den Kleinsten kaum möglich. Bestimmend ist die Angst, ein Kind anzustecken.

Der Personalrat von KiTa Bremen und die Mitarbeiter\*innenvertretung der Kitas der Evangelischen Kirche haben bei einem Erfahrungsaustausch festgestellt, dass auch nach den Ferien ein Normalbetrieb nicht sinnvoll ist. Sie haben dies mit der Senatorin für Kinder und Bildung, Claudia Bogedan, vereinbaren können. Die Fortsetzung des eingeschränkten Regelbetriebs bedeutet, dass die Betreuungszeiten für Kinder - in Ab-

hängigkeit von dem verfügbaren Personal - eingeschränkt werden kann. Die bisherigen Erfahrungen mit der Umsetzung der Vereinbarung sind gut. KiTa Bremen steht in der Betreuung der Kinder, auch im bundesweiten Vergleich, gut da. Positiv ist auch, dass für jede KiTa ein CO-Raumluftmessgerät zur Verfügung steht. Das hilft bei der Festlegung der Lüftungspausen.

Ein baldiges Ende der Pandemie ist dringend gewünscht, bis dahin bleibt alle gesund.

Torens Christians

**Infos für Eltern und KiTa-Beschäftigte unter**

[https://www.kita.bremen.de/aktuelles/informationen\\_zum\\_coronavirus-13140](https://www.kita.bremen.de/aktuelles/informationen_zum_coronavirus-13140)



# Senat schafft zusätzlichen Beförderungstermin

## Ein Schritt in die richtige Richtung

Der Bremer Senat hat vor über zwei Jahrzehnten einen einheitlichen Beförderungstermin für seine Beamtinnen und Beamten beschlossen. Dieser Beschluss war einzig und allein eine weitere Sparmaßnahme zu Lasten der Beamtinnen und Beamten. Denn der einheitliche Beförderungsstichtag führte regelmäßig zu erheblichen finanziellen Nachteilen. Seither hat der Gesamtpersonalrat den einheitlichen Beförderungstermin, gemeinsam mit den Gewerkschaften, massiv kritisiert. Beamtinnen und Beamte müssen teilweise jahrelang auf eine Bezahlung entsprechend ihrer Tätigkeit warten. Mit der

Schaffung eines einheitlichen Beförderungstermins wurde dieser Zeitraum noch weiter verlängert.



Foto: gemeinfrei/pixabay.com

Kein Wunder, dass das von den Beamtinnen und Beamten

als mangelnde Wertschätzung wahrgenommen wurde. Diese mussten in den letzten drei Jahrzehnten der Kürzungspolitik im Besonderen bluten. Die Reduzierung und Streichung des Weihnachtsgeldes, die zeitlich verzögerte und geringere Übernahme von Tarifiergebnissen sind nur einige wenige Beispiele hierfür. Doch offenkundig haben die Proteste der Gewerkschaften und des Gesamtpersonalrates zu einem Umdenken des Senats beigetragen. Anfang Juli hat der Senat beschlossen, dass es künftig zwei Beförderungstermine geben soll, jeweils zum 1. Januar und zum 1. Juli eines Jahres. Die Schaffung eines

weiteren Beförderungstermins kann zukünftig die Wartezeiten verkürzen. Weil es ein Schritt in die richtige Richtung ist, erwarten wir die uneingeschränkte praktische Umsetzung. Wir fordern auch weiterhin ein Ende der Bremer Sparpolitik zu Lasten der Beamtinnen und Beamten.



Lars Hartwig

# Dienstvereinbarung Mobile Arbeit abgeschlossen

## Mehr Flexibilität für die Kolleginnen und Kollegen

Flexibilisierung von Arbeitszeit und Arbeitsort sind nicht erst seit „Corona“ wichtige Themen in der Arbeitswelt. Die bessere Vereinbarkeit von Beruf und persönlicher Lebenserfahrung ist seit Jahren Thema bei Personalversammlungen, in Gewerkschaftssitzungen, aber auch bei Arbeitgeberveranstaltungen. Die Wünsche sind dabei sehr vielfältig.

Der Gesamtpersonalrat konnte nunmehr mit dem Senator für Finanzen eine Dienstvereinbarung zur mobilen Arbeit abschließen, die den Zugang zu mobiler Arbeit einheitlich und transparent regelt und einen Rahmen für sichere und gesunde mobile Arbeit schafft. Ziele waren dabei insbesondere eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben, erhöhte Motivation und Arbeitszufriedenheit sowie bessere Rahmenbedingungen für Menschen mit Beeinträchtigungen. Aus Sicht des Gesamtpersonalrats sind Arbeits- und Gesundheitsschutz, der Datenschutz und die Datensicherheit sowie die klare Abgrenzung von Arbeit und Privatsphäre wichtige Punkte in

den Verhandlungen gewesen. Die Dienstvereinbarung Mobile Arbeit tritt neben die Dienstvereinbarung zu alternierenden Telearbeit als weitere Form der flexiblen Gestaltung des Arbeitsortes.



Foto: gemeinfrei/pixabay.com

Mobiles Arbeiten ist die Möglichkeit, ortsflexibel zu arbeiten. Im Gegensatz zur alternierenden Telearbeit ist mobiles Arbeiten kurzfristig und flexibel in Abhängigkeit von den aktuell zu erledigenden Arbeiten möglich. Mobile Arbeit gilt grundsätzlich für alle Mitarbeiter\*innen. Voraussetzung ist, dass die Aufgaben auch außerhalb der betrieblichen Arbeitsstätte be-

arbeitet werden können. Auch Teilaufgaben können für die (stundenweise) mobile Arbeit geeignet sein. Die persönliche Eignung für mobile Arbeit muss ebenfalls vorliegen. Die mobile Arbeit auf eigenen Wunsch soll

Um an der mobilen Arbeit teilzunehmen muss ich einmalig einen formalen Antrag bei der Dienststelle stellen. Das Formular findet sich in der Anlage zur Dienstvereinbarung. Die Dienststelle hat inklusive des Mitbestimmungsverfahrens drei Monate Zeit, um über den Antrag zu entscheiden. Äußert sich die Dienststelle in diesem Zeitraum nicht, gilt das als Zustimmung zum Antrag. Die mobile Arbeit im Einzelfall wird nach der generellen Zustimmung nur noch mit der/dem direkten Vorgesetzten formlos abgestimmt.

Ganz wichtig ist der Arbeits- und Gesundheitsschutz, dafür gibt es Unterstützung durch Merkblätter und Fortbildung. Die Dienstvereinbarung Mobile Arbeit ergänzt die Dienstvereinbarung Alternierende Telearbeit, die weiterhin Gültigkeit behält.



Ina Menzel





Die Corona-Pandemie gab mir im Rahmen des Interessenbekundungsverfahrens die Möglichkeit, das Referat 32 „Ältere Menschen“ bei der Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport zu unterstützen. In einem tollen Team bekam ich einen Einblick in ein Aufgabengebiet, welches sich von meinem eigentlichen signifikant unterscheidet. Dort traten neben dem normalen Tagesgeschäft vermehrt Anfragen bezüglich der Begegnungsstätten und Pflegeheimen auf: einerseits von den Bewohnern und Bewohnerinnen und deren Angehörigen (meist zu Besucherzeiten) wie auch von den Personen, die die Hygiene- und Abstandsregelungen für die Einrichtungen konzipieren und umsetzen mussten. Im Aus- und Fortbildungszentrum bin ich vorwiegend mit jungen Bewerberinnen und Bewerbern in Kontakt. Hier musste ich das wegen Corona ausgesetzte Auswahlverfahren für die „Verwaltungsfachangestellten“ unter der Beachtung und Anwendung der bestehenden Hygiene- und Abstandsregeln aufwändig zur Wiederaufnahme umgestalten. Im Anschluss daran waren die Terminierung und Durchführung der zahlreichen Auswahlgespräche mit Blick auf den Ausbildungsbeginn 01.09.2020 eine große Herausforderung. Die Auswirkungen von Corona auf meinen Arbeitsalltag waren daher zwar arbeitsintensiv, aber auch spannend und lehrreich.

Farina-Sophie Viebrock, AFZ, Referat 40

Im März kam der Lockdown. Für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die wie ich zur Risikogruppe gehören, bedeutete das: ab sofort zu Hause bleiben! Für die anderen galt ein Notfallplan. In meiner Dienststelle durften nicht mehr als vier Kolleginnen und Kollegen - im Normalfall sind es 20 - im Wechsel pro Etage anwesend sein. Nach Ostern wollte ich unter diesen Bedingungen - Homeoffice war bis dahin nicht möglich - in Absprache mit meiner Kollegin wieder ins Büro kommen. Leider war zu meinem Entsetzen der Notfallplan nur noch „Dekoration“: Fast alle arbeiten wieder zusammen, trotz enger Büros ohne Spuckschutzscheiben. Im kleinen Kopierraum halten sich häufig mehr als zwei Personen länger auf. Der Besprechungsraum hat kein Fenster und bietet höchstens 80 cm Abstand, trotzdem wird er regelmäßig genutzt. Zu all dem kommt, dass sich viele zur Begrüßung umarmen. Corona Pandemie? Wird verdrängt. Hygiene- und Schutzkonzept? Hier nicht. Meinem Antrag auf Homeoffice - liegt seit Ostern vor - wurde noch nicht zugestimmt. Dabei stellte sich raus, dass noch zwei im Team zur Risikogruppe gehören und beide schon seit Wochen von zu Hause arbeiten. Ein Büro zur Einzelnutzung wurde ebenfalls nicht auf meiner Etage eingerichtet. So muss ich woanders unbesetzte Büros nutzen. Fürsorge vom Arbeitgeber? Nicht erkennbar. Solidarität und Verständnis für mich? Nur minimal. Ich kann nur sagen: Für mich kam nach dem Lockdown mein persönlicher „Knockdown“!

Quelle ist der Redaktion bekannt



Foto: gemeinfrei/pixabay.com

Als Behörde für den Arbeits- und Immissionsschutz führen wir viele Betriebsprüfungen durch. Mit Beginn der Pandemie erfolgten zum Schutz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nur noch in Ausnahmefällen Außendiensttätigkeiten. Die gewonnene Zeit wurde für Innendiensttätigkeiten genutzt. Aufgelaufene Vorgänge wurden abgearbeitet. Viele Anfragen von Betrieben zur Durchführung von Infektionsschutzmaßnahmen und zu den neuen Vorgaben des Arbeitsschutzes im Hinblick auf die Corona-Pandemie waren zu beantworten. So entwickelte sich das Projekt „Kontrolle SARS-CoV-2-Arbeitsschutzstandard“, welches in Betrieben mit intensivem Kundenkontakt in Zusammenarbeit mit dem Ordnungsamt durchgeführt wird. Ein größeres Aufgabenpaket kam auf unsere Abteilung der Marktüberwachung zu. Wir überwachen besonders intensiv die Einfuhr und den Handel mit der Persönlichen Schutzausrüstung (PSA) sowie von Desinfektionsmitteln. Zusammen mit den Zollbehörden wird gewährleistet, dass nur sichere Atemschutzmasken, Schutzanzüge und Schutzhandschuhe eingeführt werden. Für eine Freigabe sicherer PSA wurde eine temporäre Stelle eingerichtet, die 24 Stunden am Tag und sieben Tage in der Woche zu erreichen war. Zur Sicherstellung des Dienstbetriebes wurde die Möglichkeit mobiler Arbeit geschaffen. Die Beschaffung der erforderlichen Ausstattung stellte uns vor eine Herausforderung. Diese wurde dann jedoch schnell und unkompliziert gelöst. Auch wenn das mobile Arbeiten für die Gewerbeaufsicht ein Novum darstellte, gingen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit der neuen Situation erfolgreich um. Mit den Erfahrungen schafften wir die Grundlage für den Einzug der mobilen Arbeit.

Norbert Guzek, Gewerbeaufsicht Bremen



Foto: privat

Freitag, der 13. März 2020, der letzte normale Kita-Tag. Vom Lock down blieben die Kitas nicht unberührt. Kolleg\*innen bekamen Sonderurlaub, gingen ins Homeoffice - auch, weil sie zur Risikogruppe gehörten. Zum Alltag gehörten ein umfänglicher Hygieneplan, Abstandsregeln und weitere Regularien. Zunehmende Lockerungen bedeuteten mehr Kinder und wieder neu sortieren. Mit jeder Öffnung wuchs die Angst einer Ansteckung. Der Druck, gesund zu bleiben, wuchs von Tag zu Tag. Schutz für die Kolleg\*innen gab es wenig. Kinder halten keinen Abstand. Unsere offenen Konzepte passten nicht mehr, der Kontakt zu allen Kindern sollte gehalten werden, Dienstpläne wurden angepasst, die Zusammenstellung der Gruppen wurde zu einer logistischen Herausforderung. Viele von uns kamen an ihre Belastungsgrenze. Kaum, dass alles unter Kontrolle schien, gab es neue Anweisungen. Es wird noch lange dauern, bis wir zu einem Alltag vor Corona zurückkehren. Dabei dachten alle, nach Ostern ist der Spuk vorbei.

Urte Zinke (links) und Christine Grotheer, KiTa Bremen



Fotos: privat



# Ein klassischer (MINT) Beruf mit Zukunft

## Vermessungstechnikerin - wetterfest, zahlensicher und teamfähig

Das Landesamt GeoInformation Bremen ist in der Stadt Bremen die Fachdienststelle für die Bereiche Liegenschaftskataster, Vermessung, amtliche Kartenwerke und Immobilienbewertung, und zwar sowohl für Bürgerinnen und Bürger, Wirtschaft, Verwaltung als auch für Gerichte oder Notare. Hier bietet das Aus- und Fortbildungszentrum (AFZ) die Ausbildung zur Vermessungstechnikerin - Fachrichtung Vermessung an. Eine Auszubildende im ersten Ausbildungsjahr im MUMM-Interview.

**Rojin Ibrahim:** Wie bist du auf diese spezielle Ausbildung aufmerksam geworden?

**Hanin Alkourdi:** Ich bin über das Projekt Zukunftschance Ausbildung vom Aus- und Fortbildungszentrum auf den Beruf gestoßen. In meinem Heimatland Syrien hatte ich in meiner Ausbildung zur Assistentin bei einem Bauingenieur ein bisschen mit Vermessung zu tun. Das hat mir sehr gut gefallen und Spaß gemacht.

**Rojin Ibrahim:** Was sind typische Aufgaben einer Vermessungstechnikerin?

**Hanin Alkourdi:** Datenverarbeitung! Das Schöne in meinem Beruf ist, dass ich nicht nur im Büro arbeite, sondern auch im Außendienst. Im Büro werden die Geo-Daten von uns Vermessungstechniker\_innen vorbereitet, damit die Messungen draußen durchgeführt werden können. Beispielsweise die Gebäudeeinemessung, Gebäudeabsteckungen und die

Messung topografischer Punkte. Die neu gewonnenen Daten werden dann im Büro nachbearbeitet.

**Rojin Ibrahim:** Es gibt viele gesetzliche Vorgaben, wie die Landesbauordnung. Musst du die Paragraphen auswendig können?

**Hanin Alkourdi:** Alle Auszubildenden - wir sind zurzeit sechs - haben einen eigenen Ordner mit den wichtigen Gesetzen und Vorschriften. Im betrieblichen Unterricht werden uns die gesetzlichen Vorgaben erklärt. Bei GeoInformation gibt es ein gutes Arbeitsklima, so dass ich meinen Ausbildern und Kolleg\_innen darüber hinaus jederzeit Fragen stellen kann.

**Rojin Ibrahim:** Nach der Einstiegsqualifizierung und dem ersten regulären Ausbildungshalbjahr kam Corona. Wie war die Zeit bis jetzt für dich?

**Hanin Alkourdi:** Die Berufsschule in Oldenburg hat schnell auf Homeschooling umgestellt.



Foto: GeoInformation

Hanin „im Auge“ des Nivelliergerätes zur Höhenmessung

Allen Schüler\_innen wurde angeboten, dafür einen Laptop von der Schule zu leihen, wenn man keinen eigenen besitzt. Das Angebot habe ich wahrgenommen. Homeschooling ist okay, aber ich freue mich, wenn ich wieder persönlichen Kontakt zu meinen Lehrkräften und Mitschüler\_innen haben kann. Im Betrieb habe ich zusätzliche Unterstützung, wenn ich Schwierigkeiten mit Matheaufgaben habe. Bei GeoInformation Bremen wurde trotz Corona normal weitergearbeitet. Schade ist nur, dass wir Auszubildenden zurzeit keinen Außendienst machen, da nur zwei Personen in dem Dienstwagen mitfahren dürfen.

**Rojin Ibrahim:** Vermessungstechnikerin ist ein sogenannter MINT Beruf. Für die Bereiche Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik (MINT) werden dringend weibliche Nachwuchskräfte gesucht. Mit welchen Worten könntest du Werbung für die Ausbildung machen?

**Hanin Alkourdi:** Wer wie ich gerne körperlich und geistig, unterstützt von speziellen Computerprogrammen, im Innen- und Außendienst arbeiten möchte sowie wetterfest, sicher im Umgang mit Zahlen und teamfähig ist, sollte unbedingt über eine Bewerbung für diesen Beruf nachdenken.

**Rojin Ibrahim:** Was sind deine Pläne nach der Ausbildung? Kannst du bei GeoInformation bleiben?

**Hanin Alkourdi:** Zunächst hoffe ich, dass ich die Ausbildung 2022 beim ersten Versuch bestehe und nicht verlängern muss. Es wäre toll, wenn ich erste Berufserfahrungen bei GeoInformation sammeln könnte. Zurzeit hat man nach der Ausbildung gute Übernahmechancen, weil einige Kolleg\_innen in den nächsten Jahren in Rente gehen.

**Rojin Ibrahim:** Danke für das Interview. Viel Glück für deine weitere Ausbildung und die Übernahme!

Das Interview führte Rojin Ibrahim vom Ausbildungspersonalrat (APR) für die Auszubildenden beim AFZ



Foto: GeoInformation

Hanin mit ihrem Ausbilder Kay Johannesmann an einem Tachymeter zur Gebäudeeinemessung



# Corona zum Ausbildungsende 2020

## Ein Abschluss der anderen Art

Abschlussprüfungen unter Corona-Bedingungen zu absolvieren, war schon anders. Chiara und Simon von der Jugend- und Auszubildendenvertretung (JAV) im Gesamtpersonalrat (GPR) haben dazu persönliche Beispiele.

Simon hat seine Ausbildung zum Verwaltungsfachangestellten (VFA) erfolgreich bestanden. Er berichtet: „Die zwei VFA-Klassen wurden in Klein-

eines Bürger\_innengesprächs diesmal hinter einer Plexiglas-scheibe abgehalten.“

Chiara hat ihre Ausbildung zur Gärtnerin auch mit Erfolg abgeschlossen: „Die theoretische Prüfung fand nicht wie üblich in der Landwirtschaftskammer, sondern in der Berufsschule mit entsprechendem Abstand zueinander statt. Der letzte Schulblock, der zum Schluss vier Wochen am Stück auf die

geben zu müssen. Das hätte die Ausbildungszeit eventuell verlängert.

Bedauerlich war dann zum Schluss, dass die Abschlussveranstaltungen nicht wie gewohnt durchgeführt werden konnten. Simon sagt: „Die feierliche Bekanntgabe der Prüfungsergebnisse der VFA im Rathaus wurde abgesagt. Diese eigentlich besondere Veranstaltung fand dann unspektakulär und



### Folgende Dienststellen/Betriebe haben nach der Wahl am 18. März 2020 eine eigene Jugend- und Auszubildendenvertretung:

- ◇ Die Senatorin für Kinder und Bildung - Schulen -
- ◇ KiTa Bremen
- ◇ Universität Bremen
- ◇ Stadtbibliothek Bremen
- ◇ Die Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport
- ◇ Umweltbetrieb Bremen
- ◇ Der Senator für Finanzen
- ◇ Finanzamt Bremen
- ◇ Finanzamt Bremerhaven

### So erreicht ihr die JAV im GPR:



Das Masken-Motto „MIT ABSTAND AM BESTEN“ passt: Chiara und Simon (JAV-GPR) haben ihre Ausbildungszeit „MIT ABSTAND“ erfolgreich geschafft. Nun geht's ab ins Berufsleben!

gruppen aufgeteilt in der Verwaltungsschule für die Prüfung vorbereitet. Der Termin der Prüfung wurde um zwei Wochen nach hinten verlegt, damit die Auszubildenden unter den veränderten Unterrichtsbedingungen mehr Zeit zum Lernen hatten. Normalerweise werden alle zusammen in der Aula im Aus- und Fortbildungszentrum (AFZ) geprüft. Dieses Jahr wurden sie im ganzen Haus aufgeteilt, um die Prüfung mit Sicherheitsabstand absolvieren zu können. In der praktischen Prüfung wurde die Simulation

Prüfung vorbereiten sollte, fiel aus. Stattdessen wurden wir Auszubildenden zwei Wochen vor der Prüfung von der Arbeit freigestellt und durften uns im Homeoffice auf die Prüfung vorbereiten. Die praktische Prüfung fand dann zum geplanten Termin am geplanten Ort statt.“

Chiara und Simon kamen mit den Veränderungen klar, aber einigen Auszubildenden machten sie auch Sorgen. Neben der Angst vor dem Nichtbestehen hatten viele Panik, sich kurz vor der Prüfung wegen Verdachts auf Corona in Quarantäne be-

nach Klassen getrennt voneinander im AFZ statt.“ Bei Chiara und den Gärtner\_innen war es noch schlimmer: „Die Feier in der Landwirtschaftskammer Niedersachsen zur Übergabe der Gesellenbriefe im Kreise von Kolleg\_innen, Familie und Freunden fand leider gar nicht statt. Das war wirklich enttäuschend und traurig, denn so etwas Emotionales kann auch nicht nachgeholt werden.“

# Schule unter Corona-Bedingungen

## Neue und alte Probleme

Vor einigen Wochen hat das neue Schuljahr im „eingeschränkten Regelbetrieb“ begonnen. Die Klassenzimmer sind wieder voll, und eine Maskenpflicht im Unterricht gibt es nicht, so dass viele Kolleg\*innen sich Sorgen um ihre Gesundheit und die ihrer Schüler\*innen und deren Familien machen.

Die Beschäftigten an den Schulen - viele davon übrigens selbst Eltern von Kita- und Schulkindern - mussten sich während der Schulschließungen auf neue Arbeitsweisen, den Unterricht und pädagogische Angebote aus der Distanz einstellen, und sehr viele haben dies mit hohem Engagement und vielen kreativen Ideen getan.

Ich glaube, es ist in dieser Zeit sehr deutlich geworden, dass Schule viel mehr ist als ein Ort, an dem Wissen und Bildung vermittelt werden. Kinder und Jugendliche erfahren soziale Kontakte, Förderung und Unterstützung, verlässliche Mahlzeiten und werden - nicht zuletzt - auch beaufsichtigt, so dass Eltern ihrer Erwerbstätigkeit nachgehen können und Entlastung im Alltag erfahren.

### Es kommt Bewegung in die vernachlässigte Digitalisierung

In der Zeit des Lockdown hat sich gerächt, dass der Arbeitgeber es in den Jahren zuvor versäumt hat, den Beschäftigten an den Schulen die seit Jahren geforderte digitale Ausstattung für ihre Arbeit zur Verfügung zu stellen.

Man sagt ja, dass in Krisen auch Chancen stecken können, und so hat die Notwendigkeit von Distanzunterricht immerhin dazu geführt, dass Bremen jetzt für alle Lehrkräfte und Schüler\*innen ein digitales Endgerät anschafft.

Was noch fehlt, ist eine grundlegende pädagogische Debatte darüber, wo und wie viel Einsatz digitaler Medien sinnvoll ist. Es fehlen Lehrpläne und Unterrichtsmaterialien, die dem Rechnung tragen. Nun

muss leider alles schnell gehen, und jede Schule soll eigene Konzepte und Arbeitsweisen entwickeln, die den sowieso überlasteten Beschäftigten an den Schulen noch mehr Arbeit machen und zu einem Wildwuchs führen werden, der aus meiner Sicht für Bremen leider typisch ist.

### Mitbestimmung in Krisenzeiten schwieriger denn je

Seit Anfang März werden die großen grundsätzlichen Entscheidungen die Schulen betreffend nicht mehr in der Bildungsbehörde, sondern im Senat getroffen, und das was in der Bildungsbehörde erarbeitet wird, erreicht uns Personalräte häufig nur als reine Information. Beteiligung und Mitbestimmung sehen anders aus. War es schon in der Vergangenheit nicht immer ganz einfach, unsere Mitbestimmungsrechte gegenüber der Behörde geltend zu machen, so hat sich dieser Zustand durch die Krise noch verschärft.

Jetzt muss dieser Zustand aber dringend beendet werden. Ja, die Pandemie ist keineswegs zu Ende und muss weiter ernst genommen werden, dennoch sind keine Schnellschüsse mehr gefragt. Man kann und muss sich jetzt wieder die Zeit nehmen, Konzepte und Ideen, Änderungen der Arbeitsorganisation, Fragen des Gesundheitsschutzes mit mehr Ruhe zu diskutieren und dann zu abgestimmten Entscheidungen zu kommen.

### Arbeitszeit in Schulen: eine Flatrate

Wenn ich auf einer Personalräteversammlung zum Beispiel von den Kolleg\*innen der Polizei oder der Justizvollzugsanstalten höre, wie viele Überstunden sie vor sich her schieben, bin ich jedes Mal bestürzt über das Ausmaß des Personalmangels dort.

Ich hätte als Personalrätin auch gerne einmal die Überstunden meiner Kolleg\*innen an den Schulen vorgetragen - das geht



Angelika Hanauer, Vorsitzende des Personalrats Schulen

Foto: privat

nur leider nicht. Die werden nämlich nur dann erfasst, wenn es sich um Unterrichtsstunden handelt, die vergütet werden. Dummerweise werden zusätzlich erteilte Unterrichtsstunden aber in den meisten Fällen weder bezahlt noch ausgeglichen und die Mehrarbeit, die außerhalb des Unterrichts anfällt und die seit zwei Jahrzehnten in erheblichem Maße zunimmt, zählt schlicht gar nicht. Lehrkräfte haben leider immer noch den Ruf, wie sich Gerhard Schröder einst ausdrückte, „faule Säcke“ zu sein, obwohl es inzwischen genug Belege gibt, zum Beispiel eine vom Niedersächsischen Kultusministerium in Auftrag gegebene Analyse von 2018, die zeigt, dass ein großer Teil der Lehrer\*innen die gesetzlich vorgeschriebene Arbeitszeit regelmäßig, teils erheblich überschreitet.

Für das laufende Schuljahr hat sich die Bildungsbehörde eine ganze Reihe von neuen Aufgaben für die Schulen ausgedacht - leider hat sie vergessen zu erwähnen, was dafür weggelassen werden soll.

Also noch mehr Arbeit für das ohnehin überlastete Personal an den Schulen, in denen es bekanntermaßen seit Jahren an Lehrkräften und pädagogischem Fachpersonal mangelt. Besserung also nicht in Sicht.

Angelika Hanauer



# Finanzamt kann Corona

## Gut aufgestellt in der Pandemie

Wer kann, der bleibt zu Hause. Diese Maxime stößt jedoch da an ihre Grenzen, wo es keine Geräte oder sicheren Zugänge gibt. Zusätzliche Notebooks wurden beschafft und sogar die Fat Clients aus den Lehrsälen für Heimarbeitsplätze verwendet. Insgesamt reicht das aber nicht aus, um allen Beschäftigten der Innendienste eine Heimarbeit zu ermöglichen. Im Finanzamt Bremen konnten immerhin über 100 Heimarbeitsplätze geschaffen werden, die an Beschäftigte aus allen Arbeitsbereichen vergeben wurden. So konnte ein dezentrales Online-Finanzamt aufgebaut werden, das die Funktionsfähigkeit der Behörde auch im Falle der Evakuierung des Haus des Reichs sicherstellt. Die Akzeptanz des Arbeitens im Homeoffice hat bei allen Beteiligten

in die Nachmittagsstunden oder in Räumlichkeiten anderer Dienststellen.

Der Informationsfluss zwischen Amtsleitung und Mitbestimmungsgremien war zu Beginn der Pandemie sehr unterschiedlich. Zwar flossen die Informationen überwiegend zeitnah, jedoch kritisierten die Gremien, dass die Mitbestimmung häufig nicht beachtet wurde. Dabei enthalten die einschlägigen Gesetze durchaus Notfallregelungen, und es bestand kein Anlass zu der Vermutung, dass die üblicherweise gute Zusammenarbeit von Amtsleitung und Mitbestimmungsgremien nicht auch im Krisenfall funktionieren würde. Ein Großteil der als anhängig reklamierten Mitbestimmungsverfahren wurde, wenn auch sehr verspätet und außerhalb

Eine personelle Verstärkung erfuhr das Finanzamt Bremen durch die Finanzämter für Außenprüfung und Bremerhaven, die die Außendienstaktivitäten eingestellt hatten. Die abgeordneten Kolleginnen und Kollegen haben sehr gerne ausgeholfen und wurden mit offenen Armen empfangen. Beschäftigte, die Corona bedingt den direkten Dienst am Kunden nicht leisten konnten, wurden an anderer Stelle eingesetzt. Dabei bewältigten unsere Kolleginnen und Kollegen einmal mehr nicht nur die originären Aufgaben des Finanzamts, sie helfen sogar auch in Krisenzeiten in anderen Ressorts aus.

Anwärterinnen und Anwärter waren ebenso, aber in ganz unterschiedlicher Weise betroffen. Rund 150 junge Leute befanden sich zu Beginn der Pandemie in

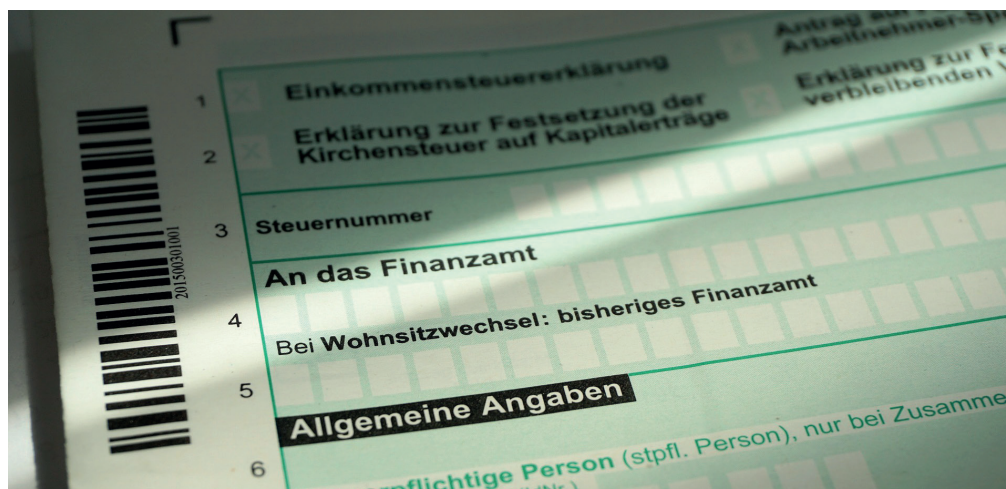


Jennifer Pannecke, Vorsitzende des Personalrats Finanzamt Bremen

werden wieder aufgenommen - allerdings mit einem besonderen Augenmaß. Die Wiedereröffnung der zentralen Informations- und Annahmestelle (ZIA) und des Dienstleistungszentrums Anfang Juni konnte nur unter Restriktionen erfolgen. Kunden können nur nach vorheriger Terminvereinbarung bedient werden. Alle weiteren Arbeitsbereiche bleiben für Publikum geschlossen.

Unter dem Strich sieht es so aus, als sei das Finanzamt Bremen bisher gut durch die Krise gekommen. Hat die Steuerverwaltung also noch mal Glück gehabt? Sicherlich gehört auch Glück dazu, aber das hat sprichwörtlich auf die Dauer nur der Tüchtige. Wesentlich für das bis hierhin beruhigende Ergebnis sind einerseits das umsichtige Handeln der Verantwortlichen und andererseits das vernünftige Verhalten der Beschäftigten in dieser ungewohnten Situation. Steuerverwaltung kann also offenbar auch Corona.

Jennifer Pannecke



zugenommen. Mittlerweile gelten für Homeoffice und Telearbeit grundsätzlich wieder die allgemeinen Regelungen der Dienstvereinbarung.

Schwierig bis nahezu unmöglich ist es derweil, Besprechungen durchzuführen. Das Haus des Reichs verfügt zwar über viele große Besprechungsräume, für die aber Personenobergrenzen gelten. Dieses erschwert nicht nur die Arbeit zahlreicher Arbeitsgruppen, sondern auch die der Mitbestimmungsgremien. Hier ist große Flexibilität gefragt, sei es durch Verlegung von Besprechungen

jeglicher gesetzlicher Fristen, nachgeholt - und fand völlig problemlos die Zustimmung durch die Gremien.

Aufgrund eines hohen Krankenstandes und der Mehrung von Sonderurlauben wurde im Finanzamt Bremen die Arbeitsweise bei Veranlagung, Post und Telefon grundsätzlich umgestellt. Somit konnten eher unfreiwillig Teile einer seit langem diskutierten Umstrukturierung getestet werden, wobei aber glücklicherweise auf viele hierfür bereits geschmiedete Pläne zurückgegriffen werden konnte.

praktischer oder theoretischer Ausbildung. Beide Ausbildungsbereiche wurden unterbrochen. Aus der praktischen Ausbildung wurde ein praktischer Einsatz in den Eingangsstellen. Der Unterricht für beide Laufbahngruppen wurde über mehrere Wochen online ins Homeoffice übermittelt.

Mit den zunehmenden Lockerungen im Alltag kehrt in die Dienststellen ein Stück der neuen Normalität ein. Die abgeordneten Beschäftigten anderer Ämter sind an ihre angestammten Arbeitsplätze zurückgekehrt, denn die Außendienste

# Polizeiarbeit in Corona-Zeiten

## Unter hohen Belastungen immer wieder flexibel

Die notwendig gewordenen Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie haben den Arbeitsalltag in der Polizei Bremen grundlegend geändert. Um einen größeren Personalausfall durch COVID 19 zu verhindern und die Handlungsfähigkeit der Polizei Bremen sicherzustellen, wurde im März ein Krisenstab in der Polizei Bremen eingerichtet, wo grundsätzlich ein Vertreter des Personalrats bei den täglichen Sitzungen teilgenommen hat, um immer aktuell einbezogen zu sein.

### Eine andere Art von Einsätzen

Für die Kolleginnen und Kollegen der Polizei Bremen sind die Begleitungen von Fußballspielen minimiert und von Volksfesten gänzlich weggefallen. Die Anzahl von Verkehrsunfällen, Ein-

diverser Demonstrationen und Proteste gegen die geltenden Beschränkungen zur Eindämmung der Corona-Pandemie. Dabei kommt den Kolleginnen und Kollegen die schwierige Aufgabe zuteil, das Recht auf Versammlungsfreiheit und weitere Grundrechte mit den notwendigen Verordnungen nach dem Infektionsschutzgesetz abzuwägen.

### Arbeiten im Team und Homeoffice

An den Dienststellen der Polizei Bremen wurden aufgrund der Pandemie grundsätzlich Teams gebildet, um eine Kreuzkontamination zu verhindern. Ebenso wurde das Angebot an Homeoffice erweitert und die telefonische Anzeigenaufnahme eingeführt. Es mussten Dienstpläne geändert werden, wobei es hier immer wieder zu An-

Dadurch kommt es zur Aufgabenverdichtung bei den Kolleginnen und Kollegen, die die Aufgaben der abgeordneten und entsendeten Kolleg\_innen übernehmen müssen.

Die Belastung zeigt sich außerdem vor allem durch gestiegene Bereitschaftszeiten und wöchentlich wechselnden Corona-Verordnungen.

### Wie geht es weiter

Auch in den nächsten Wochen und Monaten wird von den Kolleginnen und Kollegen eine hohe Flexibilität abverlangt. Es ist nicht vorhersehbar, wie die Pandemie weiter verläuft. Im August 2020 wurde dem Personalrat ein Pandemieplan der Polizei Bremen vorgestellt. Hier werden unter anderem organisatorische Maßnahmen in verschiedenen Stufen dargestellt, um die Handlungsfähigkeit aufrechtzuerhalten. Die Veränderung der jeweils aktuellen Stufe sowie die Inkraftsetzung von Einzelmaßnahmen erfolgen nach Entscheidung der Behördenleitung. Einzelmaßnahmen unterliegen, sofern nach dem Bremischen Personalvertretungsgesetz erforderlich, weiterhin dem formellen Mitbestimmungsverfahren.

Aktuell werden der Polizei Bremen viele Themen aufgebürdet. Neben der noch nicht abgeschlossenen Polizeireform, dem von der Bremer Landesregierung beabsichtigten neuen Polizeigesetz und der Corona-Pandemie bleibt nach wie vor die Alltagslage. An einen Abbau von Überstunden ist hier nicht zu denken.

### Arbeits- und Gesundheitsschutz verbessern!

Wird das neue Polizeigesetz in seiner von der Landesregierung vorgestellten Form in der Bürgerschaft beschlossen, wird es aus Sicht des Personalrates eine weitere hohe Aufgabenverdichtung geben und damit zu einer deutlichen weiteren Mehrbelastung kommen.

Wir erwarten klare Aussagen von der Landesregierung, wie



Nils Winter, Vorsitzender des Personalrats der Polizei Bremen

sie sich das vorstellt.

Mit Blick wieder auf die Corona-Lage fehlte es aus Sicht des Personalrates an ausreichend FFP 2/3-Masken sowie an der Qualität der Schutzanzüge. Unabhängig von Corona fehlt es bei uns weiter an einer ausreichenden Anzahl von Mobil-PC.

Mit Blick auf die Zeit nach Ende der Pandemie und beginnender Rückkehr in Richtung Normalität erwarten wir unter anderem, dass das Arbeiten von zu Hause („Homeoffice“) bestehen bleibt und weiter ausgebaut wird. Ebenso haben wir die Erwartungshaltung, dass die Dienstzeiten/Dienstpläne wieder zurückgeführt werden.

Den Kolleginnen und Kollegen der Polizei gilt ein großes Lob, wie sie unter hohen Belastungen immer wieder flexibel sind, um der Pandemie entgegenzutreten. Und das bei der prekären Personalsituation und einem Überstundenberg in der Polizei Bremen, der sich auf höchstem Stand befindet.

Eine zum Schluss erwähnte Forderung an die politischen Vertreter\_innen ist ein bundeseinheitliches Vorgehen bei Grundsätzen und Sanktionsmöglichkeiten zur Bekämpfung einer Pandemie.

Nils Winter



Ein großes Lob gilt den Kolleginnen und Kollegen der Polizei, die unter hohen Belastungen flexibel der Pandemie entgegengetreten

bruchsdiebstählen und weiteren Straftaten sind in Zeiten des „Lockdown“ zurückgegangen. Jedoch kamen von da an eine große Anzahl anderer Einsätze hinzu, wie zum Beispiel Kontrollen zur Einhaltung der Corona-Verordnungen und Begleitung

passungen im Abgleich mit dem Verlauf der Pandemie kommt.

Die Polizei Bremen hat Kolleginnen und Kollegen nicht nur in internen Krisenstäben, sondern auch im Landeskrisenstab und im Krisenstab Gesundheit verwendet bzw. abgeordnet.

Foto: privat



# Wertschätzung muss auch bezahlt werden!

Applaus war gestern.



Foto: privat

John Hellmich, Gewerkschaftssekretär ver.di Bezirk Bremen-Nordniedersachsen

Corona prägt alles in diesem Jahr. Nach dem Applaus für die Beschäftigten im öffentlichen Gesundheitswesen und in den anderen öffentlichen Bereichen, die in der Krise den Betrieb, die Sicherheit, den Gesundheitsschutz und vieles andere mehr aufrechterhalten (haben), waren wir sicher, dass dem Applaus auch Taten folgen.

Im Angesicht der Pandemie hat ver.di im Rahmen der Tarifrunde öffentlicher Dienst dem Arbeitgeberverband der Kommunen und des Bundes einen „Kurzläufertarifvertrag“ angeboten unter anderem mit einer Einmalzahlung für 2020. Die Arbeitgeberseite lehnte diese Vorschläge jedoch ab. Stattdessen erhielten wir folgende Signale: 30-monatige Laufzeit,

Aufstockung der leistungsorientierten Bezahlung, nur für bestimmte Berufsgruppen mehr Geld anstatt allgemeiner Lohnerhöhungen für alle, Änderung der Eingruppierungssystematik, sodass Herabgruppierungen einfacher bzw. Höhergruppierungen deutlich erschwert werden. Die Arbeitgeber beabsichtigen also klare Verschlechterungen - Wertschätzung sieht so jedenfalls nicht aus.

Es ist genügend Geld da - wieso nicht für euch, die ihr durch eure Arbeit sichergestellt habt, dass wir auf lokaler Ebene gut durch diese Krise kommen?!

**Tarifpolitische Entscheidungen haben nicht nur mit guten Argumenten zu tun - sondern auch mit Durchset-**

**zungskraft - jetzt sind wir alle gefragt!** Wenn die Verhandlungen stocken, braucht es Warnstreiks - sei also dabei und zeige, dass du hinter den gewerkschaftlichen Forderungen stehst!

Diese Tarifrunde für den Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes (TVöD) betrifft im bremsenden öffentlichen Dienst alle kommunalen Eigenbetriebe. Die Gewerkschaftsmitglieder treffen sich regelmäßig, um die Tarifrunde hier vor Ort vorzubereiten - bring auch du dich ein, damit unsere Stärke im ganzen Land sichtbar wird!

Denn ansonsten gilt es wie nach jeder Tarifrunde: Tarifverträge werden nicht besser durch das „Darauf-warten“,

dass „endlich alles besser ist“. Wie bei jeder gesellschaftlichen Veränderung muss man Teil davon werden!

Lasst uns daher in diesen schwierigen Zeiten gemeinsam dafür einstehen. **Denn Wertschätzung für die Arbeit drückt sich immer noch in Arbeitsbedingungen und Lohn aus!**

John Hellmich

Mehr Infos unter

<https://wir-sind-es-wert.verdi.de/>



## Tot ziens, Saskia!

Saskia Coenraats steht für Solidarität. Das ist der Schlüsselbegriff, um Saskia und ihr Engagement im Gesamtpersonalrat - und vorher als Frauenbeauftragte in der Werkstatt Bremen - zu beschreiben. Zum 1. August ist Saskia in Rente gegangen. Sie war zugewandt und unterstützend für die Kolleginnen und Kollegen und entschieden und unerschrocken, wenn es darum ging, deren Interessen gegenüber der Arbeitgeberseite zu vertreten. Sas-

kia war ungeduldig, wenn sie Ungerechtigkeiten wahrnahm, hatte aber gleichzeitig einen langen Atem, um gute und gerechte Arbeitsbedingungen und ein gutes Leben und Arbeiten für die Beschäftigten zu erreichen. Sie war sehr gut vernetzt, und sie genoss und genießt immer noch große Anerkennung bei Kolleginnen und Kollegen, aber auch auf Arbeitgeberseite und in der Politik. Im Gesamtpersonalrat hat sie insbesondere die Arbeitsfelder Umset-

zung der Dienstvereinbarung zu Konflikten am Arbeitsplatz, die Gleichstellung von Frauen und faire Beschäftigungsverhältnisse gestaltet - hinsichtlich der Verbesserung von Rahmenbedingungen ebenso wie in der Ermutigung und Unterstützung von Kolleginnen und Kollegen. Saskia hat den Gesamtpersonalrat mit ihrer Klugheit und Warmherzigkeit bereichert.

Wir wünschen dir alles Gute.

Die Redaktion



# Corona gibt den letzten Schubs

## Die einzig wahre Verschwörungstheorie

Verschwörungslegenden über Corona sind ja zuhauf in Umlauf. Fasst man die auf den so genannten Hygienedemos versammelten Ideen zusammen, kommt man etwa zu folgendem Ergebnis: Das Sars-CoV2-Virus wurde in einem wahlweise chinesischen oder US-amerikanischen Labor als Biowaffe entwickelt, ist aber eigentlich gar nicht existent oder völlig harmlos und nur ein medialer Hype. Es dient dazu, a) der Pharmaindustrie Milliarden Gewinne zu verschaffen, b) uns allen bei der vermeintlichen Impfung Chips zu implantieren, damit wir per 5G (in Deutschland flächendeckend erst ab 2050 :P) überwacht und vielleicht auch ferngesteuert werden können, c) mit den PCR-Tests eine Gen-datenbank zu füttern und d) mit der Maskenpflicht sicherzustellen, dass niemand darüber reden kann. Ach ja, und e) eine Klimadiktatur zu errichten, uns das Fliegen zu verbieten oder wenigstens zu vermiesen, die Lufthansa zu verstaatlichen um sie anschließend abzuwickeln. Wow, eine wirkliche Weltverschwörung. Wer mag es sein, der diese vielen Fäden in der Hand hat und so virtuos ohne Vertüdeln zu bedienen weiß? Und der unter Millionen Beteiligten keinen Whistleblower fürchten muss? Ist es der, dessen Name nicht genannt werden darf?

Wahr ist an alledem sicherlich, dass Corona zwar sehr vielen wirtschaftlich schadet, anderen aber auch in die Karten spielt. Da ist aber nicht nur an die kurzfristigen windfall profits der Pharmabranche zu denken. Sehr viel langfristigeres Interesse kann im Windschatten des Virus die Mineralölwirtschaft absichern.

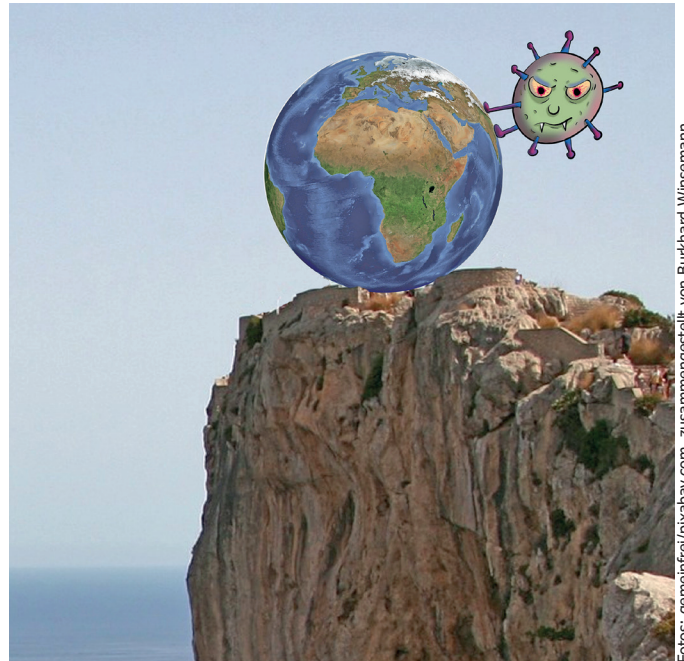
Erinnern wir uns: In der Anfangsphase der Pandemie gab es Berichte über ungewöhnlich saubere Luft in China und etwas später in der Lombardei. In Deutschland scheint es, dank Rezession, plötzlich möglich, das „Klimaziel“ für 2020 doch noch zu erreichen. Die

Botschaft ist klar: An den Klimaschutz können wir erstmal einen Haken machen.

Und ist es womöglich gar kein Zufall, dass Greta Thunberg wahrscheinlich eine der ersten prominenten Covid19-Erkrankten war? War es ein Anschlag? Wurde sie in Davos absichtlich angehustet? Auf jeden Fall können die Kids jetzt keine zahlenmäßig eindrucksvollen Demonstrationen mehr machen. Weil sie sich ja an Abstandsregeln halten.

Auch ganz praktisch und unmittelbar hat Klimaschutz ausgedient. Die Milliarden an Einwegmasken? Alle aus mineralölbasierten Kunststoffen. Nach Gebrauch landen sie günstigstenfalls in der Müllverbrennungsanlage. Mancherorts schießen bereits wieder die Heizpilze aus dem Boden. Und auch wenn Fahrradfahren einen Boom erlebt - strategisch schwerer wiegt die Chance, öffentliche Verkehrsmittel so unwirtschaftlich zu machen, dass sie aufgegeben werden. Trotz Kurzarbeit und steigender Arbeitslosigkeit übertreffen die Feierabendstaus ja jetzt schon zum Teil die aus der Zeit vor Corona. Ein niedersächsischer Landkreis begeisterte kurz vor Schulanfang mit der Ankündigung, Elterntaxis großzügig finanziell zu fördern. Auch wenn dies kurze Zeit später wieder zurückgezogen wurde: Jahrzehnte des Einsatzes für sichere und umweltfreundliche Schulwege sind mit einem kräftigen Virushauch weggeblasen. Gestern stand die Welt klimatisch noch am Abgrund - heute gibt ihr Corona den letzten Schubs.

Haben also die Ölkonzerne das Virus gezüchtet? An mangelnder krimineller Energie wäre das sicher nicht gescheitert. Aber mal ehrlich: Superschurken wie Dr. Mabuse, Blofeld und der oben schon nicht Genannte sind gut fürs Kino. Denn da muss die Story in zwei Stunden erzählt sein. Die Realität hat kein Zeitlimit und kann sich erlauben, komplexer zu sein.



Fotos: gemeinfrei/pixabay.com, zusammengestellt von Burkhard Winsemann

Komplexität ist nicht jedermanns Sache. Sie verunsichert Menschen, droht, sie zum Verlassen ihrer Komfortzone zu nötigen, sie zu zwingen, sich auf Neues einzulassen. Die soll weggehen, diese blöde Realität. Das verbindet die „Coronaleugner“ von 2020 mit den „Klimaleugnern“ von 2018/19 und auch mit ziemlich vielen „besorgten Bürgern“ von 2015. Und es ist überhaupt kein Zufall, dass immer die gleichen Kräfte den politischen Resonanzboden dafür zur Verfügung stellen.



Burkhard Winsemann